

Uli Corona-Newsletter vom 22. September 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit den Demonstrationen der Corona-Leugner ist sie wieder ein Streitthema: Die Reichsflagge mit ihren drei waagerechten Streifen in Schwarz-Weiß-Rot. Ich bin schon seit längerem für ein klares Verbot dieser Flagge. Ich freue mich, dass unser MP heute auch das Verbot gefordert hat. Vom Gesetzgeber verboten ist bisher nur die mit dem Hakenkreuz versehene Reichsfahne. Reichskriegsflaggen, die immer mehr als Symbol rechter Gruppierungen benutzt werden, sind nicht verboten. Das Thema beschäftigt auch andere Bundesländer. Nach einem Erlass der Bremer Innenbehörde ist das Zeigen von Reichskriegsfahnen und Reichsfahnen im Bundesland Bremen seit dieser Woche verboten. Die Polizei kann diese Flaggen nun konfiszieren und die Eigentümer mit einem Bußgeld von bis zu 1000 Euro zur Kasse bitten. Reichsfahne und Reichskriegsflagge sind zum Symbol von Rechtsextremen, Reichsbürgern und anderen Feinden unserer Demokratie geworden.

Michael Blume, der Antisemitismusbeauftragte in Baden-Württemberg, unterstützt klar die Forderung nach einem Verbot. Er sagt, dass er bestätigen kann, dass die Reichskriegsflagge verschwörungsmächtig umgedeutet wird. Sie werde nicht mehr gezeigt, um sich positiv auf die Geschichte zu beziehen, sondern um die Existenz der Bundesrepublik zu bestreiten. In der Sache muss unbedingt eine bundeseinheitliche Regelung gefunden werden.

Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 22. September 2020

Deutschland

22.09.2020: Gesamtzahl: 274.158 (Veränderung zum Vortag: + 1.821)

Baden-Württemberg

22.09.2020: Gesamtzahl: 47.583 (+ 238); genesene Personen: 41.691 (+ 260); verstorbene Personen: 1.874 (+ 3)

Rhein-Neckar-Kreis

22.09.2020: Gesamtzahl: 1554 (+ 4); aktive Fälle: 76; genesene Personen: 1438; verstorbene Personen: 40 (-)

Novellierung der Corona-Hauptverordnung heute im Kabinett

Die aktualisierte Corona-Hauptverordnung wurde heute von der Landesregierung beschlossen. Daraus ergeben sich Änderungen ab dem 30. September 2020:

Zunächst wird die Corona-Verordnung des Landes bis zum 30. November 2020 verlängert. Unabhängig davon werden die Regelungen für Veranstaltungen und Betriebsverbote laufend im Hinblick auf das aktuelle Infektionsgeschehen überprüft. Es kann also sein, dass es bis zum 30. November zu weiteren Anpassungen kommt.

Die Maskenpflicht gilt nun auch für Gäste in Restaurants, Gasthäusern, Bars, etc., wenn man sich nicht an seinem Platz befindet. Auch in Freizeitparks und Vergnügungsstätten gilt nun eine Maskenpflicht in geschlossenen Räumen und in Warteschlangen. Im praktischen Fahr-, Boots- oder Flugunterricht sowie bei praktischen Prüfungen in dem Bereich gilt ebenfalls eine Maskenpflicht. Bei Verstoß gegen die Maskenpflicht gilt ein Zutritts- und Teilnahmeverbot. Für die Befreiung von der Maskenpflicht ist ein ärztliches Attest notwendig.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/alle-meldungen/meldung/pid/aktuelle-aenderungen-der-corona-verordnungen/>

Nachtragshaushalt: Baden-württembergisches Zukunftsprogramm

Das Thema „Nachtragshaushalt“ haben wir gestern bereits angeteasert, heute möchten wir euch gerne die Schwerpunktprojekte des Zukunftsprogramms präsentieren (der Nachtragshaushalt ist ja bekanntlich zweigeteilt, in ein Zukunftsprogramm mit einem Volumen von 1,2 Mrd. EUR und in Maßnahmen der Pandemievorsorge mit einem Volumen von 800 Mio. EUR.

Neben dem Paket für Mobilität und Klimaschutz einigten sich Grün-Schwarz auf Investitionen von rund 299 Millionen Euro in den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg und auf ein 300 Millionen Euro schweres branchenoffenes Innovationsförderprogramm für Betriebe. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sowie Transformation sind weitere Schwerpunktthemen. Der Nachtragshaushalt soll bis Mittwoch per Umlaufbeschluss vom Kabinett beschlossen werden und am 30.9.2020 ins Parlament eingebracht werden.

Pakt für Mobilität und Klimaschutz

Wir sollen die Transformation der Automobilwirtschaft und den Klimaschutz voranbringen. Deshalb haben wir uns mit der CDU auf zusätzliche Ausgaben in diesem Bereich in Höhe von rund 283 Millionen Euro verständigt.

Davon sollen 50 Millionen in einen Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ fließen. 30 Millionen sind für den weiteren Ausbau der Schnellladeinfrastruktur geplant. Weitere 30 Millionen sollen in eine Wasserstoff-Roadmap investiert werden. Dadurch soll die

Wasserstoff-Infrastruktur in Baden-Württemberg ausgebaut und die Entwicklung von synthetischen Kraftstoffen vorangetrieben werden. Auch das Thema Bioökonomie spielt dabei eine wichtige Rolle, der wir durch Investitionen in die Förderung der Produktion nachhaltiger und biobasierter Textilien sowie die Holzbauoffensive weiter fördern. Die Bioökonomie-Sparte wird mit 40 Millionen Euro gefördert.

Gesundheitsstandort Baden-Württemberg

Wir sehen eine große Chance darin, Baden-Württemberg in der Gesundheitswirtschaft ganz nach vorne zu bringen. Dazu tragen unter anderem ein beispielhafter Kooperationsverbund Hochschulmedizin bei, mit Blick auf Forschung, Künstliche Intelligenz und Ausbildung. Ein Innovationscampus nach dem Vorbild des Cyber-Valley soll in Heidelberg und Mannheim entstehen. „Sektorenübergreifende Versorgung“ wird den Kommunen dabei helfen, optimale gesundheitliche Versorgung anzubieten – insbesondere auch

Innovationsförderprogramm für Betriebe

Ein 300 Millionen Euro schweres Standortsicherungs- und Förderprogramm „BW Invest“. Auf die Art können wir eine kraftvolle Hilfestellung leisten für Betriebe, die in die Zukunft investieren – und dass über alle Branchen hinweg.

<https://www.gruene-landtag-bw.de/metanav/presse/aktuelles/zukunftsprogramm-gesundheitswirtschaft-klimaschutz-und-mobilitaet-staerken/?L=0>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/zukunftsprogramm-bw-nachtragshaushalt-2020-100.html>

Gibt es im Herbst wieder mehr Todesfälle?

Die Fallzahlen in Europa steigen weiter, auch in Deutschland. Zwar sind die Infizierten tendenziell jünger und erkranken in der Regel weniger schwer – aber wird das auch so bleiben?

Seit der vergangenen Woche, so schreibt das Robert-Koch-Institut (RKI) in seinem aktuellen Lagebericht, sei ein leichter Anstieg der Fallzahlen in den höheren Altersgruppen zu sehen. Dieser Verlauf müsse aufmerksam beobachtet werden. Sollten sich wieder vermehrt ältere Menschen infizieren, müsse auch mit einem Wiederanstieg der Hospitalisierungen und Todesfälle gerechnet werden. Auch die Weltgesundheitsorganisation WHO rechnet damit, dass die täglichen Corona-Todesfälle in Europa im Oktober und November ansteigen.

Trotz intensiver Forschung an dem neuen Erreger gibt es auf viele Fragen zu dem Virus bisher keine sicheren Antworten. Unklar ist nicht zuletzt, wie tödlich die Krankheit Covid-19 ist. Die offiziellen Covid-19-Sterberaten verschiedener Länder unterscheiden sich zum Teil stark: Während in Italien, Großbritannien und Belgien laut Statistiken mehr als 10 Prozent der nachweislich Infizierten verstorben sind, waren es in Deutschland laut dem RKI bislang etwa vier Prozent. Woran dies liegt, ist noch weitgehend unklar.

<https://www.spektrum.de/wissen/gibt-es-im-herbst-wieder-mehr-todesfaelle/1700384>

Wie sollten die Medien mit sogenannten alternativen Fakten umgehen?

Rund jeder zehnte Deutsche widerspricht wissenschaftlichen Fakten wie dem menschengemachten Klimawandel, so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wie sollten die Medien mit Meinungen umgehen, denen gesicherte Erkenntnisse entgegenstehen? Wie im Politikjournalismus glauben viele Medienschaffende, das gesamte Spektrum abbilden zu müssen um die Wahrheit irgendwo in der Mitte zu finden. Doch es kommt nur Unsinn dabei heraus, wenn man die Mitte sucht zwischen einer kugelförmigen und einer scheibenförmigen Erde. Zu glauben, man müsse auch abseitigen Ansichten eine Plattform bieten, ist ein journalistischer Kernfehler. Denn das schafft den Eindruck, dass der Unsinn eine Berechtigung hat.

https://www.spektrum.de/news/wie-sollten-medien-mit-verschwörungstheorien-umgehen/1768929?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Großbritannien: Auf dem Weg zum zweiten Lockdown?

Während sich in Deutschland vielerorts die Fußballstadien wieder vorsichtig füllen, nähern sich die Briten in immer schnelleren Schritten einem zweiten Lockdown. Seit Anfang der Woche gilt die „Rule of Six“, nach dem sich nicht mehr als sechs Personen treffen dürfen – innen wie an der frischen Luft. Anders als bei früheren Maßnahmen wird diesmal durchgegriffen. Neu rekrutierte Aufsichtspersonen („Covid-Marshalls“) sollen aufpassen, dass sich das Volk an die Auflage hält. Bei Zuwiderhandlungen drohen hohe Bußgelder. Die Maßnahme ist nicht in allen Landesteilen gleich geregelt, aber die Unterschiede halten sich in Grenzen. In Schottland etwa sind Kinder aus der Sechser-Regel ausgenommen. Parallel dazu wächst die Zahl der örtlich begrenzten Lockdowns, die ebenfalls unterschiedlich tief in den Alltag der Menschen eingreifen. Hintergrund der Verschärfungen ist ein steiler Anstieg der Infektionsraten. Laut der Gesundheitsbehörde „Public Health England“ gibt es inzwischen 128 Gebiete, in denen die Infektionsrate bei mehr als 20 Fällen je 100.000

Einwohner in einer Woche liegen. Spitzenreiter ist derzeit Bolton (nahe Manchester), mit mehr als 200 Fällen je 100.000 Einwohner.

https://www.faz.net/aktuell/politik/corona-lage-in-grossbritannien-auf-dem-weg-zum-zweiten-lockdown-16959669.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Themen ohne Corona

Diskussionen um unseren Landesaktionsplan für Freiheit und Demokratie

Auf unserer Klausur vergangene Woche haben wir ein 5-Punkte-Programm für Freiheit und Demokratie beschlossen. Rassismus und Diskriminierung finden nicht nur offen statt, sondern auch ganz subtil im Alltag. Umso wichtiger ist es, dass wir Strukturen erkennen, die Benachteiligungen hervorrufen, und dass wir diese Strukturen ändern. Ein demokratischer Staat hat die Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern dieselben Chancen zu bieten.

Als eine wichtige Struktur verstehen wir dabei eine unabhängige Anlaufstelle für Whistleblower aus Justiz und Polizei. Das sorgt in der öffentlichen Wahrnehmung derzeit für Diskussionen. Deshalb möchte ich diesen Rahmen nutzen um unsere Position zu erläutern.

Es gibt für uns keinen Anlass, uns Sorgen um die Integrität unserer Behörden zu machen. Es geht uns aber ganz klar um Transparenz: Es darf keine Nachteile für Beschäftigte geben, die auf drastische Missstände hinweisen. Was wir von Unternehmen verlangen, sollten wir als Staat auch mit unseren eigenen Behörden vorleben.

Mit einer Anlaufstelle für Whistleblower fordern wir nicht viel Anderes, als die Justizminister der Länder vor fast einem Jahr vereinbart haben: Dass die EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern bei der Umsetzung in Deutschland ausgeweitet wird. Wir wollen prüfen, welchen Beitrag das Land dazu leisten kann. Wir haben keinerlei Hinweise, dass in der Justiz Probleme mit rechtsextremen Netzwerken bestehen könnten. Die von uns vorgeschlagenen Anlaufstellen für Whistleblower in Behörden sind Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets. Jeglicher gewaltbereite Extremismus ist eine fundamentale Bedrohung unserer freiheitlichen Demokratie, weshalb wir uns entschieden gegen Extremismus in all seinen Erscheinungsformen wenden. Wir wollen diese Anlaufstellen, damit es, falls es im Einzelfall zu rechtsextremistischen oder anderen rechtswidrigen Taten kommt, es bei diesen Einzelfällen bleibt.

<https://www.gruene-landtag-bw.de/themen/demokratie-und-mitbestimmung/gemeinsam-gegen-rassismus-diskriminierung-und-rechtsextremismus/?L=0>

Landesregierung beschließt Emission eines Green Bond Baden-Württemberg

Baden-Württemberg wird im Frühjahr 2021 die erste Auflage eines „Green Bond Baden-Württemberg“ ausgeben. Green Bonds sind Anleihen, deren Emissionserlöse zur (Re-)Finanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte verwendet werden. Förderbanken, Geschäftsbanken, Unternehmen und auch Staaten geben Green Bonds heraus. Der Bund hat kürzlich erstmals Grüne Bundeswertpapiere emittiert.

Mit den Erlösen sollen ökologisch nachhaltige Projekte und Vorhaben refinanziert werden. Anleger können mit ruhigem Gewissen investieren. Wir legen ihnen unser umweltfreundliches Wirtschaften regelmäßig in einer Berichterstattung zum Green Bond offen dar.

Mit der Emission unseres Green Bond wollen wir dazu beitragen, das ökologisch nachhaltige Segment am Kapitalmarkt weiter zu etablieren. Besonders schön wäre es, wenn das eine oder andere Unternehmen unserem Beispiel folgt und selbst einen Green Bond auflegt.

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-will-mit-anleihen-oekologisch-nachhaltige-projekte-finanzieren/>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///Itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)